

Ressort IV
Kommunales / Inneres
Sascha Bilay
26.10.10

Presseinformation

Verlängerte Zinsbeihilfe ist Erfolg der LINKEN und der Bürgerinitiativen

„Dass die Landesregierung die Zinsbeihilfen für Straßen- und Abwasserbeiträge bis 2013 verlängert, ist ein Erfolg der LINKEN und der Bürgerinitiativen in Thüringen. Bedauerlicher Weise hat sich die Landesregierung noch nicht zum Eingeständnis ihrer gescheiterten Kommunalabgabepolitik durchringen können“, erklärt der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel.

Bereits bisher musste das Land mit fast 18 Millionen Euro nachträglich die Misere der Kommunalabgabepolitik korrigieren. Allein in diesem Jahr müsste eine Million Euro aufgebracht werden, weil Grundstückseigentümer die unsozialen Beitragsforderungen nicht begleichen können und deshalb Stundungszinsen fällig werden. Auch die überzogenen Investitionen in Abwasseranlagen hätten zu den enormen Beitragsbelastungen beigetragen. „Anstatt mit Millionenbeträgen zu versuchen, den Schaden zu begrenzen, sollte sich die Landesregierung um einen grundsätzlichen Wandel bei den Beiträgen bemühen“, fordert Kuschel.

Zwar sei die Fortführung der Zinsbeihilfe aus Sicht der Betroffenen wichtig. Allerdings könnte auf das Instrument verzichtet werden, wenn die Beiträge endlich abgeschafft würden. Der Parlamentarier verweist in diesem Zusammenhang auf den eingereichten Gesetzentwurf von LINKE und GRÜNE, der eine Abschaffung der Beiträge für Abwasser und Straßen vorsieht. Der seit einem Jahr angekündigte Gesetzentwurf der Landesregierung habe noch immer nicht den Weg in den Landtag gefunden. „Hier können wir nur an die Landesregierung appellieren, die Betroffenen nicht länger hinzuhalten und endlich mit eigenen Vorschlägen in die Diskussion einzusteigen“, fordert abschließend Kuschel.

Frank Kuschel